

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Grl. Ad. Schles. Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ede,
Ols. Sieck, in Firma
J. Leumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
J. Jonsane
in Posen.

Posener Zeitung

Kommunenzeitung
Jahrgang.

Nr. 47

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierzehn
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganzen Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 20. Januar.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
K. & S. Hause & Co., Frankfurterstr. 2.
K. & S. Hause & Co., Invalidenstr. 2.

Berantwortlich für den
Inseratenheft:
J. Klugkist
in Posen.

Inserate, die sechzehntäglich bestellt werden können
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den genutzten
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

151. Sitzung vom 19. Januar, 1 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des
Entwurfes betreffend die Ausdehnung der vertragsmäßigen
ermäßigten Zollsätze auf das am 1. Februar 1892
in Transitslägern befindliche Getreide.

Zur Begründung der Vorlage führt
Reichskanzler Frhr. v. Malzahn aus: Der Abschluss
der Handelsverträge wird die differentielle Zollbe-
handlung einer Reihe von Artikeln bei dem Eingange aus dem
Ausland zur Folge haben. Die ermäßigten Zollsätze der Verträge
werden Anwendung haben auf Waaren aus denjenigen Staaten,
welche uns gegenüber das Recht der Meistbegünstigungen haben
oder erwerben. Diese ermäßigten Zollsätze auf andere Staaten an-
zuwenden sind wir gezwungen nicht ermächtigt, und es würde auch
zollpolitisch nicht richtig sein, diejenigen Begünstigungen, welche
wir gewissen Staaten gegen Konzessionen, die sie ihrerseits gemacht
gewährt haben, anderen Staaten ohne Konzessionen zuzuwenden.
Nach diesem Grundsatz dürfen auch diejenigen Waaren, die sich un-
verzöglich in deutschen Zolllägern befinden, Anspruch auf Ermäßigung
nur dann haben, wenn sie nachweisen, daß sie aus Vertragsstaaten
oder meistbegünstigten Ländern kommen. Dieser Nachweis kann
jedoch wegen seiner Schwierigkeit eine gewisse Verzögerung der Einfuhr
bedeuten, und die verbündeten Regierungen haben deshalb ge-
glaubt, daß bezüglich des Getreides es sich empfehle, dieser Ver-
zögerung der Einführung dadurch entgegenzuwirken, daß die auf Zoll-
lägern vorhandenen Bestände dieses Getreides ohne Nachweis des
Ursprungs zum niedrigeren Zollsatz zugelassen werden. Entscheidend
hierfür war in erster Linie die Ermäßigung, daß der Preis desjenigen
Produktes, von welchem die deutsche Bevölkerung sich vorzugsweise
ernährt, des Roggens, ein ungewöhnlich hoher ist, und daß es un-
gerechtfertigt sei, diesen Roggen vom Eingang zurück zu halten.
Wir glauben aber, die gleichen Begünstigungen auch den übrigen
Getreideaerten zugestehen zu sollen, und glauben damit die richtige
Grenze für die zu gewährenden Begünstigungen gefunden zu haben.

Abg. Ritter (Dr.): Die Vorlage ist lediglich eine Konsequenz
der Handelsverträge, welche der Reichskanzler bereits in Aussicht
gestellt hat. Die Vorlage erfüllt aber nicht das, was ich erwartet
habe. Ich will indeß heute auf die generelle Frage der Diffe-
rentialzölle nicht eingehen. Es wäre aber geradezu eine unab-
greifliche Ungerechtigkeit, wenn nicht noch andere Konsequenzen aus
den Handelsverträgen gezogen würden, als die Vorlage es thut.
Wenn die Bestimmung in Bezug auf die Transitsläger nicht gegeben
würde, so würde das entschieden eine Schädigung der Konkurrenten
sein. Man würde die Badeninhaber zwingen à tout prix vor dem
1. Februar das Getreide nach dem Ausland zu bringen, und dabei
würde der Konsum in Bezug auf das ihm zur Verfügung
stehende Quantum geschädigt werden. Es handelt sich hier auch
durchaus nicht um ein unverdientes Geschenk an die Handelsleute.
Nicht ein Geschenk für die Kaufleute wird hier gegeben, sondern
einfach das Mittel, um sie vor Verlusten zu schützen, die sie nicht
erwarten konnten, und die ihnen der Staat zuzufügen sein Recht
hat. Manchen Herren freilich würde es allerdings angenehm sein,
wenn diese Kaufleute das Getreide aus den Transitslägern vor dem
1. Februar nach auswärts verkaufen; um so mehr würde ja der
Preis für ihren Weizen und Roggen blühen. Das lädt sich aber
schlechterdings nicht machen. Seit dem russischen Ausfuhrverbot
steht in Danzig z. B. der Preis für Getreide um ein Erhebliches
höher als der Weltmarktpreis; gefertigt wurden an der Danziger
Börse 12 Mark über den Weltmarktpreis für Weizen notiert. Da-
hier eine Reihe von technischen Erwägungen in Betracht kommt,
beantrete ich eine Kommission von 21 Mitgliedern. Ich hoffe,
daß auch die maßgebenden Herren von der Regierung
an den Kommissionsberathungen teilnehmen, damit wir dort zu
einer wirklichen Verständigung gelangen.

In einigen Punkten bedarf die Vorlage sicher einer Aenderung.
Ich sehe nicht den geringsten Grund, weshalb man als Termin
für die Übergangsfrist den 1. April festsetzt. Wenn der Bestand
der Lager am 1. Februar aufgenommen ist, könnte man sehr wohl
bis zum 1. August Zeit geben. Eine weitere Frage ist die, weshalb
nur das Getreide berücksichtigt wird, daß sich in Transits-
lägern befindet. Ich verstehe es nicht weshalb den Herren im
Westen, denen man die Transitsläger abgeschlagen hat, nicht dieselbe
Begünstigung zu Theil werden lädt durch Einbeziehung auch der
Mühlenläger. Die Zolltechniker geben allerdings von der Deduction
die Müller den Zoll für das Getreide, das sie auf ihren
Lagern halten, bereits bezahlt haben d. h. daß es ihnen nur kreditirt
ist. Das sind aber theoretische Erörterungen, und keinen Menschen
in der Praxis wird das begreiflich erscheinen, daß der Müller
anders behandelt werden soll als andere Menschen; er ist genau
in derselben Lage wie der Kaufmann, der sein Getreide auf Transits-
lager hat. Wir verlangen daß die Sache allgemein geregelt wird,
und sollte das nicht geschehen, so hoffe ich, daß § 4 des Zoll-
regulations verständig gehandhabt und auch für die Müller die Zoll-
befreiung statuirt wird.

Ebenso ist eine differentielle Behandlung des Holzes un-
möglich. Die Schwierigkeit des Nachweises des Ursprunges besteht
hier ebenso wie beim Getreide. Auch das Holz ist bereits viel
früher gekauft, als der Abschluß der Handelsverträge erfolgte. Zu
uns in Danzig kommt das russische Holz in Blöcken auf der Weichsel.
Dann wird es aufgebunden und geht in das Transitslager, wo es
sich brüderlich mit dem galizischen Holz mischt. Ich möchte den
Zolltechniker sehen, der hier eine Unterscheidung zu machen im
Stande ist und der die Courage hat, vom Kaufmann die genaue
Angabe zu verlangen, welches Holz russischen, welches galizischen
Ursprungs sei. Eine Zollpolitik muß doch so sein, daß sie von ehr-
lichen Leuten erfüllt werden kann. Durch eine solche Politik, wie
Sie sie hier beabsichtigen, schaffen Sie aber unehrliche Leute.
Warum zögern Sie, auch dem Holz diese Begünstigung zu Theil
werden zu lassen? Es handelt sich hier noch weit mehr um das
Interesse der Arbeiterbevölkerung als beim Getreide, es handelt
sich um Städte, die durch die jetzige wirtschaftliche Situation in

traurige Lage gebracht worden sind. Vier Minister haben sich in
die dortigen Provinzen begeben, um sich den Zustand anzusehen.
Nun, wir werden uns ja beim preußischen Etat darüber unter-
halten, was für Wohlthaten daraus für das Land entspringen sind.
Wenn Sie die Bestimmungen bestehen lassen, so wird das Holz-
geschäft einen vollständig ungesehenen Charakter bekommen. Zu Un-
recht ist vielfach die Meinung verbreitet, daß der Handelsstand sich
von dem Blut und Schweiß der übrigen Bevölkerung ernährt.
Wer die Zustände genauer kennt, weiß aber, daß der Handels-
stand gerade in den letzten Jahren wegen der Unsicherheit der Zoll-
gesetzgebung, wo man niemals wußte, ob nicht der nächste Tag das
ganze Gebäude umstossen würde, schwere Tage der Prüfung durch-
gemacht hat. Ein finanzielles Interesse wird durch die von mir
verlangte Berücksichtigung des Holzes nicht geschädigt. Nur unter
dieser Voraussetzung haben wir unsere Zustimmung zu den Handels-
verträgen gegeben, und wir hoffen, daß Sie die nothwendige Kon-
sequenz durch die Annahme unserer Anträge ziehen werden. (Sehr
gut! links.)

Reichskanzler Frhr. v. Malzahn: Die Angabe des Vor-
redners, daß in den westlichen Provinzen einige Städten die Anlage
von Transitslägern nicht gestattet worden ist, entspricht nicht der
Wirklichkeit. Es gibt dort eine Reihe von Städten, in denen sich
Transitsläger befinden, und diejenigen Städte, die sich um die Er-
laubnis zur Anlage solcher Lager an den Bundesrat wenden
würden, würden das wohl bewilligt erhalten. Der Grund für die
Anderungsbehandlung der Mühlen liegt in dem Inhalt und Zweck des
Regulations für die Mühlenläger, welches ihm größere Vortheile
gibt als die Transitsläger. Das auf den Mühlenlägern lagernde
Getreide ist zum Zoll angelegt und in den inländischen Getreide-
verkehr übergegangen, so gut wie jedes andere Korn, allerdings mit
der Beschränkung, daß ein Weiterverkauf dieses Getreides in unver-
mahltem Zustande im Inlande nicht gestattet ist. Es wird aber
durch innerhalb einer bestimmten Zeit von dem Inhaber des Mühlen-
kontos ausgeführten Fabrikate ein entsprechender Zoll abgezogen.
Nun würden allerdings die Inhaber von Mühlenkontos geschädigt
sein, wenn vom 1. Februar ab diese Zollabrechnungen für aus-
geföhrte Fabrikate zu dem Salze von 3,50 Mark erfolgen, während
für das Getreide auf dem Mühlenkonto ein Zoll von 5 M. ange-
schrieben ist. Das ist aber nicht der Fall, sondern es wird bei dem
Mehl der Zoll abgeschrieben, der für das ursprüngliche Getreide
angeschrieben war. Allerdings erleidet der Müller einen Schaden
um die Zolldifferenz, wenn er seine Fabrikate im Inlande absetzt.
Das gleiche ist aber auch der Fall bei jedem kleinen Wind- und
Wassermüller in Deutschland, der im Januar Korn gekauft hat und
das Mehl im Februar verkauft, und es wäre nicht unbedenklich,
die wohlhabenden im Besitz von Mühlenlägern befindlichen Müllern
noch günstiger zu stellen gegenüber den kleineren Müllern. Die
Kommissionsberathung bitte ich jedenfalls ganz schmunig vorzu-
nehmen, da wir sonst nur mit großen Schwierigkeiten die
Interessenten rechtzeitig von ihrer sachlichen Lage benachrichtigen
können.

Abg. Dr. Buhl (nl.): Mit der Vorlage bin ich durchaus ein-
verstanden. Aber auch ich wünsche eine Ausdehnung der Zoll-
ermäßigungen auf andere in Transitslägern befindliche Gegenstände,
z. B. Holz. Ferner wünsche ich mit dem Abg. Ritter eine Aus-
dehnung der Begünstigungen auch auf die Mühlenläger. Die
Erklärung des Staatssekretärs schafft die Schmerzen der Mühlen
noch nicht aus der Welt. Denn eine Unbilligkeit liegt doch darin,
daß nicht die Kreditläger getroffen werden. Das Hinaufschaffen
der Getreidemengen aus den Kreditlägern in die Transitsläger
würde zu viel Schwierigkeiten machen.

Schäfsekretär Frhr. v. Malzahn: Die Behandlung der
Kreditläger ist den Grundsätzen unserer Zollgesetzgebung entgegen-
stehend. Eine Waare, welche auf Kreditlager im Januar gebracht ist
und dort den dreimonatlichen Zollkredit genießt, würde im April
zur tatsächlichen Verzollung kommen. Eigentlich ist sie aber ver-
zollt beim Einbringen in das Lager. Nach den Grundsätzen unserer
Zollgesetzgebung ist für die Verzollung der Moment entscheidend,
in dem die Waare aus dem Auslande in das Inland tritt.

Abg. Menzer (l.): Wir haben große Bedenken gegen den
Entwurf. Wir vermissen vor allem statistisches Material; ein ge-
wissenhafter Volksvertreter muß das für und wider selbst ab-
wägen können. Die Handelsverträge bringen uns ein Defizit von
über 35 Millionen und bewirken ebenso für Preußen einen großen
Aussfall. Wir müssen wissen, wieviel diese Vorlage uns weiter
kosten wird. Wir hatten als Folge der Handelsverträge eine wilde
Spekulation vorausgesetzt. Es ist eine ungeheure Menge von
Getreide in diesem Jahre eingeführt, weit mehr als in den vorigen
Jahren. Eine Spekulation, die auf tünftliche Weise Getreide zurück-
hält, um den Preis zu steigern, ist ganz entschieden vorhanden; es
liegt keine Veranlassung vor, dieser Spekulation unter die Arme
zu greifen. Wir werden aber doch, wenn auch mit schwerem
Herzen, für den Gesetzentwurf stimmen, weil wir hoffen, daß einer
gewissen Art der Spekulation in Zukunft die Adern unterbunden
sein werden. Als Führer der semitischen Schutztruppe sich aufzu-
stellen, hatte Herr Ritter heute gar keinen Grund. Wir unter-
scheiden nicht zwischen christlichen und jüdischen Kaufleuten; der
Kaufmann, der sich seiner Aufgabe bewußt ist, wird immer in dem
germanischen Sinne seine Geschäfte treiben. Wir werden für den
Gesetzentwurf stimmen und uns nicht auf eine kommissarische Be-
ratung versteifen.

Abg. Frhr. v. Heereman (Dr.) erklärt sich zunächst mit
der Kommissionsberathung einverstanden in der Vorauslegung, daß
die Kommission rasch arbeiten wird. Die Vorlage begrüßt ich mit
Freuden, muß aber zugeteilt, daß der Westen nicht genugend be-
rücksichtigt ist. Bei uns ist eine große Mühlenindustrie vorhanden,
die keine Begünstigung erhält, obwohl sie gerade deren sehr be-
dürftig ist. Von einer Mühlenspekulation kann man bei uns nicht
sprechen. Die Aufhäufung von Getreide in Mühlenlägern jenseits
der Grenze ist bei uns die Folge der ungünstigen Verhältnisse der
Rheinschiffahrt, welche das frühzeitige Hereinkommen des Getreides
oft hindert. Ein Spekulation ist das aber nicht. Eine solche kann
es auch schon deswegen nicht sein, weil wir bei uns im Westen
meistens nur kleine Mühlen haben, die nur für das Inland
arbeiten. Die Logik des Herrn Menzer, der zur Beleidigung der

Spekulation dem Gesetzentwurf zustimmen will, begreife ich nicht.
Vor Allem aber bitte ich, in der Kommission die von mir berührten
Interessen mehr zu berücksichtigen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. Münch (will. Volksp.): schließt sich dem Vor-
redner voll und ganz an, indem er für Süddeutschland genau
dieselben Gründe geltend macht. Er würde für das Gesetz nicht
stimmen können, wenn Süddeutschland nicht in der gewünschten
Weise berücksichtigt würde.

Abg. Bömel (Dr.): Der Vorredner wird wohl der einzige
sein von den Freunden der Handelsverträge, der eventuell gegen
den vorliegenden Entwurf stimmen will. Herrn Menzer gegenüber
glauben wir nicht, daß ein Schaden für die Landwirtschaft durch
die Zollermäßigung entstehen wird. Es wäre sogar keiner
entstanden, wenn die Zölle vollständig gefallen wären. Herr
Menzer kennt nur eine wilde Spekulation. Gerade aber das
Getreide auf den Transitslägern ist von dem allerhöchsten Getreide-
handel aufgespeichert worden, welcher für den Konsum des deutschen
Volkes zu sorgen hat. Wenn diese Getreide Mengen nicht von dem
soliden Handel herbeigeschafft wären, so würden die Getreidepreise
zum Schaden des Volkes noch eine weit höhere Höhe erreicht
haben. Die Motive der Regierung würdigen ja auch dieses
Vorgehen des Handels. Es kann auch kein Vorwurf daraus
gemacht werden, daß die Leute nicht so schnell das im Transitslager
befindliche Getreide zu den höheren Zollsätzen in den freien
Verkehr gebracht, sondern die Zeit abgewartet haben, in welcher
die ermäßigten Zollsätze Geltung haben. Das ist eine natürliche
Folge jeder Zolländerung, daß der Handel sich darauf einrichtet.
Wenn man jemand verantwortlich machen wollte, so dürfte man
am wenigsten den Handel verantwortlich machen, sondern die Ge-
setzgebung, welche die Veränderungen hervorbringt. Nun aber die
Änderung herbeigeführt worden ist, muß man dafür sorgen, daß
die erniedrigende Wirkung auf die hohen Getreidepreise möglichst
voll in Geltung tritt.

Herr Menzer will den legitimen und soliden Handel nicht allein
auf eine Konfession, sondern geradezu auf eine Nation beschränken.
Es gibt doch auch in anderen Staaten Europas, die im ganzen
und großen christliche Bevölkerung haben, einen legitimen und so-
lidien Handel, außer in Deutschland und allenfalls in Griechenland.
(Heiterkeit.) Ist es mit dem toleranten Geiste der Religion der
Liebe zu vereinbaren, in einer so abspurenden Welt die Gewerbe-
treibenden anderer Konfessionen in Pausch und Bogen als unsolid,
illegitime Geschäftsleute hinzustellen? Ich würde das Thema
weiter verfolgen, wenn die Ausführungen des Abg. Menzer nähere
Berücksichtigung verdienten. (Sehr gut! links.) Neben die Bedeutung,
die er sich in seiner Rede selbst beigelegt hat, haben seine Ausfüh-
rungen für die Debatte gar keine Bedeutung. (Sehr gut!)

Aus seiner Rede erjehe ich, daß seine Partei für weitere Aus-
dehnung des Gesetzes nicht zu haben ist. Es ist unerhört, daß eine
Partei hier erklärt: was auch immer in einer Kommission bei rein
sachlicher Behandlung vorgebracht wird, ist uns gleichgültig; wir
gehören unter keinen Umständen auf eine Änderung ein.

Das heißt doch an einen Gesetzentwurf nicht mehr mit un-
bevangener, sachlicher Prüfung, sondern mit eigenthümlicher Vor-
einigungserkenntnis herantreten, bei welcher das Allgemeine wahrlich nicht
gedenkt werden kann. (Sehr wahr!)

Bei anders verhalten möchte ich noch, daß wir uns nie und
immer auf das Prinzip der Differentialzölle stellen können. In
einer Verallgemeinerung der Zollsätze, in einem Zugeständnis der
Zollermäßigung auch an andere Staaten und Nationen sind wir
durch keine vertragsmäßigen Bestimmungen und durch keine ver-
tragsfreudlichen Gefühle irgend einem Staat gegenüber gebunden.
Wir haben nach dem Interesse unserer Bevölkerung zu entscheiden;
auch sind wir, Gott sei Dank, in der Lage, vollkommen frei, ent-
scheiden zu können. (Beifall links.)

Abg. v. Vollmar (S.-D.): Wir werden für das Gesetz
stimmen, aber es genügt uns in keiner Weise, sondern die Begünsti-
gungen müssen eine Ausdehnung erhalten namentlich in Bezug auf
Mehl, Holz u. dgl.

Abg. Ritter: Ich möchte der Ausklärung, die Herrn Menzer
bereits geworden ist, eine kleine finanzielle Folge lassen. Herr
Menzer glaubt warnen zu müssen vor einer Ausdehnung des Ge-
setzes im finanziellen Interesse und weist auf die unglückliche Finan-
zlage des Reiches und Preußens hin. Nun, man mag das Gesetz
noch so sehr ausdehnen, es wird dadurch weder die Finanzlage des
Reiches noch Preußens auch nur um eine einzige Mark verändert.
Es wird auch Herrn Menzer bekannt sein, daß die Zollbeträgen an
die Einzelstaaten, also zunächst an Preußen überwiesen werden.
Aber es könnte ihm auch bekannt sei, daß das, was Preußen aus
den Getreidezöllen erhält, nicht an die Staatskasse fällt, sondern
an die Kreise überwiesen wird, und die Kreise können eine Ver-
minderung ihrer Einnahme außerordentlich gut entbehren. Denn
gerade den Kreisen werden auch trotz der Ermäßigung der Zölle
weit höhere Summen überwiesen, als sie nach der Ausdehnung
ihres Haushalts nützlich verwenden können. (Sehr wahr! links.)
Die Kreise schwimmen so sehr im Überfluss an Geld (sehr wahr!),
daß ein Halt gemacht werden muß in ihrer verschwenderischen
Wirtschaft. Je weniger Getreidezoll eingeholt, desto besser ist es
für eine gesunde Wirtschaft im Kreishaus. Andererseits aber
hat der vorliegende Entwurf keine finanzielle Bedeutung. Denn
die Leute, die jetzt auf Transitslager ihr Getreide haben, sind
durchaus nicht verpflichtet, das Getreide ins Inland einzuführen,
sondern es ist ihnen frei gestellt, wenn ihnen der inländische Preis
wegen des Zolles zu hoch erscheint, es ins Ausland auszuführen.
Dann ist die Folge, daß für dieses ausgeführt Getreide anderes
Getreide aus einem Vertragsstaate zu 3,50 Mark eingeführt wird.

Ich habe mich im Dezember vor die Erörterung der Handels-
verträge mit der Erwartung getragen, daß man ein Gesetz vorlegen
wird, nach welchem die Zollermäßigungen verallgemeinert werden.
Das Gesetz, das man uns jetzt vorlegt, ist sehr dürrig. Es besteht
nur aus einem Übergangsparagraphen, der sich auch nur auf einzelne
Artikel und beschränkte Verhältnisse bezieht. Im Gegenzug zu der
Auffassung des Staatssekretärs meine ich, die Verhältnisse müssen
dazu führen, die jetzt ermäßigten Zollsätze zu verallgemeinern.
Bedürfen wir der Einfuhr aus einem Lande, das in Bezug auf den
Zoll ungünstig gestellt ist, so richten sich unsere inländischen Preise

nach dem Westmarktreis plus den Zoll für Getreide aus einem Nichtvertragsstaat. Der Vortheil aus den ermäßigten Getreidezöllen wird dan nicht dem Konsum zu Theil, sondern dem Großhandel. Wenn wir nun in Bezug auf unsern Bedarf nicht auf ein bestimmtes Land angewiesen sind, sondern unsern Gesamtbedarf befriedigen können aus Ländern, die günstiger gestellt sind, durch die Zölle, so würden die nachteiligen Wirkungen der differentiellen Zollbehandlung ja allgemein nicht eintreten. Dann aber würde eine nachteilige Wirkung für diejenigen Landesteile eintreten, die geographisch am nächsten liegen dem Lande, welches den hohen Zoll bezahlt muss.

Dazu habe ich noch den Wunsch, daß diese Verallgemeinerung gesetzlich festgestellt wird. Wir haben jetzt Zollsätze, die allgemein gelten, aber nicht gesetzlich fixirt sind. Die Tarifermäßigungen, die in dem früheren spanischen, italienischen, schweizerischen Handelsvertrag zugestanden sind, sind nicht durch das Zolltarifgesetz selbst fixirt. Sie sind thatsächlich ausgedehnt worden auf alle Bezugsquellen, aber nicht auf Grund eines Gesetzes. Die Folge ist, daß daß in dem Augenblick, wo ein Tarifvertrag mit einem Lande abschließt, mit demselben Tage wieder der allgemeine gesetzliche Tarif von 1879 eintritt. Das geschieht ganz plötzlich, ohne daß der Handel sich darauf einrichten kann, ohne daß er durch vorhergehende parlamentarische Verhandlungen oder durch eine Frist, wie sie sonst bei Zolltarifsen Platz greift, darauf sich einrichten kann. Wenn die Zollsätze auch verallgemeinert, aber nicht geleglich festgestellt werden, so ist die Handhabung seitens der Zollverwaltung eine durchaus unsichere. Die Regierung kann immer Ursprungzeugnisse verlangen. Sie hat es früher nicht gethan, aber rechtlich ist sie dazu ermächtigt. Dadurch, daß so viel in das diskretionäre Ermeß der Verwaltung gelegt ist, entsteht eine Unsicherheit im Handelsverkehr, die dem Handelsstande nachtheilig ist. Es ist von großem Interesse, daß man gesichert ist in Bezug auf die Handhabung des Zolltarifs und auf seine Dauer. In der letzten Zeit bin ich mit Anfragen überschüttet worden aus Interessentenkreisen, was zum 1. Februar wohl werden wird. Diese Unsicherheit ist eine unsolide Grundlage des Handels und wenn man über unsoliden Handel klagt, so muß man erst befehligen, was die soliden Grundlagen dem Handel bestimmt. Die Notwendigkeit, daß die vertragsmäßigen Zölle allgemein werden für alle Staaten, wird sich ausdrängen. Aber bis diese Konsequenzen sich ihre Geltung erzwungen haben werden, können manche Störungen des Handels vorkommen. Deshalb möchte ich wünschen, daß die Vertragsverhandlungen der Regierung solchen Fortgang nehmen, daß die Regierung in den Stand gesetzt wird, ähnlich wie beim Abschluß von Verträgen in den 60er und 70er Jahren gesetzlich für alle Grenzen die Zölle zu fixieren. (Beifall links.)

Damit schließt die Diskussion, und die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Darauf wird die Berathung des Postenrats beim Extraordinarium fortgesetzt.

Tit. 1—26 werden nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Bei Tit. 27 (Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Altona) bemängelt

Abg. Münnich (dfr.) den Luxus der Postbauten, die durch den jetzigen Haushalt das Aussehen von Kapellen erhalten. Man hat nicht die Sparsamkeit obwalten lassen, welche am Platze wäre. Ein Postbeamter, welcher Dienstwohnung erhält, wußte nicht, was er damit anfangen sollte, denn er hatte gar nicht so viel Möbel, als die Räume fassen. Es würde oft viel sparsamer gewirtschaftet werden, wenn der Staat Gebäude erwerben würde, die von Privatunternehmern gebaut sind. Wenn man nicht Geld hat für Aufbesserung der Beamtengehälter, so soll man auch nicht Luxusbauten errichten.

Staatssekretär v. Stephan erwider, daß man sich bereits vor 15 Jahren in der Budgetkommission davon überzeugt habe, daß es nicht zweckmäßig sei, von Privaten Gebäude zu erwerben oder zu mieten. Budgetkommission und Reichstag hätten sich in dieser Beziehung immer auf den Standpunkt der Postverwaltung gestellt. Über zu große Wohnung hätte sich bei ihm noch niemals ein Postdirektor beklagt.

Der Titel wird bewilligt.

Titel 33: "Zu einem Um- und Erweiterungsbau auf den Postgrundstücken in Elberfeld, erste Rate 80000 M." wird nach dem Kommissionsantrage gestrichen, nachdem Abg. Schmidt-Elberfeld (dfr.) seine Hoffnung auf Einstellung der Position in den Etat des nächsten Jahres ausgesprochen.

Ebenso werden die Titel: Zur Vergrößerung des Postamtgrundstückes in Danzig 218 00 M., zur Erwerbung eines Bauplatzes in Dorf (Danzig) 130 000 M. und zur Erwerbung eines Grundstückes in Warmbrunn 10 000 M., nach dem Kommissionsantrage gestrichen. Ebenso werden von der Position für ein Dienstgebäude in Solmar, zweite Rate 20 000 M., für ein Dienstgebäude in Marienburg 10 00 M. gestrichen.

Die Einnahmen werden sodann bemängelt.

Damit ist die zweite Berathung des Postenrats erledigt.

Der Etat der Reichsdruckerei wird ohne Debatte genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Initiativvorschläge, darunter der Antrag Klemm, betreffend Änderung des Wahlverfahrens). Schluss 3/4 Uhr.

Berichtigung. In dem gestrigen Bericht ist in der Rede des Abg. Willich mißverständlich an einer Stelle die von denselben gegebene Anregung auf Ermäßigung der Telegrammbühren speziell auf Zeitungstelegramme bezogen worden; wie sich auch aus dem übrigen Theile der Rede ergiebt, war eine allgemeine Heraushebung der Gebühren ins Auge gesetzt.

Deutschland.
■ Berlin, 19. Jan. Hat Dr. Miquel im Staatsministerium gegen das Volksschulgesetz gestimmt oder nicht? Besonders ist von Personen, deren Zusammenhang mit dem Finanzminister behauptet wird, versichert worden, daß Herr Miquel einer der beiden Gegner der Vorlage gewesen sei. Heute kommt nun aber die "Kreuztg." und erklärt sehr bestimmt, der Finanzminister habe keineswegs gegen das Volksschulgesetz sondern dafür votiert. Wenn die "Kreuztg." das sagt, so braucht es freilich noch nicht wahr zu sein. Das Blatt hat offenbar ein Interesse daran, das den Konservativen so angenehme Volksschulgesetz unter Schutz und Schirm eines liberalen Ministers zu bringen. Während die "Kreuztg." sonst wiederholt sehr heftige Angriffe gerade gegen den Finanzminister geschleudert hat, behandelt sie ihn jetzt plötzlich mit zartester Rücksicht. Sie röhmt von ihm, daß er sich stets "durch eine politisch sachgemäße Beurtheilung kirchlicher Verhältnisse von seinen Parteigenossen vortheilhaft unterschieden habe". Das ist richtig, was die eigentliche Kirchenpolitik, besonders die Maigesetze, anlangt. Aber bis dahin hat doch noch keiner dem Finanzminister eine Begünstigung orthodoxer und klerikal Ansprüche auf die Herrschaft über die Volksschule nachgesagt. Jedenfalls wäre es hohe Zeit, daß über die wahre Stellung des Herrn Miquel zu dieser Vorlage volle Auf-

klärung kommt. Es handelt sich dabei nicht um die Befriedigung einer im übrigen gar nicht einmal unberechtigten Neugier, sondern es handelt sich um ernstere Dinge. Nach den politischen Vergangenheiten Miquels braucht man das nicht weiter auszuführen. Wunderliche Künste werden, nebenbei bemerkt, von den Offiziären angewandt, um Verwirrung in die nationalliberalen Reihen zu tragen. So erfindet ein offiziöser Korrespondent die Behauptung, daß ein Theil der Nationalliberalen in den am meisten und lebhaftesten angefochtenen Punkten der Vorlage "eine lohale Ansicht" der in der Verfassungsurkunde gegebenen Grundzüge über den konfessionellen Charakter der Volksschule" etc. erblickt. An diese durch nichts begründete Behauptung schließt sich eine Warnung, von der man sich wahrscheinlich einen ganz besonderen Eindruck verspricht. Es wird gesagt: "Folgen die Nationalliberalen ihrem ersten Gefühl und treten sie von vornherein in scharfe Opposition gegen den Entwurf, so erscheint ihre Majorisierung durch eine klerikal-konservative Vereinigung unausbleiblich." Also, nur um von der konservativ-klerikalen Mehrheit nicht überstimmt zu werden, sollen die Nationalliberalen ebenfalls für die Vorlage stimmen! Mit solchen mehr als fadenscheinigen taktischen Künsten möchte unter dem früheren System hier und da operiert werden können; wir hoffen, daß der Liebe Müh' diesmal und gegenüber einem Gesetz wie dies Geduld vergeblich sein wird. — Vom Plan der Errichtung einer katholischen Universität in Fulda ist wieder einmal die Rede. In Zeit und Umstände, wie sie durch die Volksschulvorlage bestimmt werden, würde ein solches Unternehmen ja ausgezeichnet hineinpassen. Angeblich sind schon beträchtliche Summen bereit und die preußischen Bischöfe sollen mit bestimmten Vorschlägen kommen wollen. Die Sache erscheint noch etwas nebelhaft, aber es schadet gewiß nichts, wenn man bei Zeiten auf der Huth ist. Jedenfalls ist das stärkere Hervortreten der klerikalen Wünsche und ihre Beispiele zu so hochliegenden Zielen charakteristisch für den Geist, der jetzt im Zentrum herrscht.

— In parlamentarischen Kreisen zieht man aus Bemerkungen, welche bei dem Empfang der Präsidenten bei der Häuser des Landtags gefallen sind, den Schluss, daß auch am maßgebender Stelle das Zustandekommen des Volksschulgesetzes auf Grund eines Ausgleichs der bestehenden Gegenseite für möglich erachtet wird.

— Der "Kreuztg." zufolge sollen Minister v. Bötticher und Thielen diejenigen gewesen sein, welche im Staatsministerium gegen das Volksschulgesetz gestimmt haben.

— Unter dem Vorsitz des Handelsministers v. Berlepsch waren am Sonnabend Interessenten an der Aussicht nach Spanien zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern vereinigt. Die Anwesenden gewannen den Eindruck, daß ein Ausgleich noch keineswegs als ausgeschlossen zu betrachten ist, wenn Spanien Entgegenkommen zeigt.

— Die einheitliche deutsche Militärgerichtsbarkeit ist, wie der "Frank. Ztg." geschrieben wird, vorläufig wieder bei Seite gelegt worden, da es nicht gelungen ist, einen Ausgleich zwischen den gegensätzlichen, in Nord und Süd bestehenden Anschauungen herbeizuführen.

Hildesheim, 19. Jan. Zur jüngsten Reichstagssitzung wa hl hier selbst behaupten die Nationalliberalen, daß die Sozialdemokraten trotz des offiziellen Beschlusses der Stimmenthaltung, bei der Stichwahl unter der Hand für die Wahl des Zentrumskandidaten gewählt haben und daß die Zentrumspartei die Agitationslosen hierfür gespendet habe. Tatsächlich seien beispielsweise in Salzgitter am 18. Dezember vier Zentrumsstimmen und 66 sozialdemokratische, bei Stichwahl aber 70 Zentrumsstimmen abgegeben worden.

Parlamentarische Nachrichten.

L.C. Die Anwesenheit des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten, Herrn Thielen, der gleichzeitig Chef der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen ist, in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags bei der Berathung der Verwaltung der Elsaß-Lothringischen Eisenbahnen, gab dem Referenten, Abg. Hammacher Anlaß, auf die Frage der Ermäßigung der Eisenbahnzölle näher einzugehen. Die Mittheilungen, welche Minister Thielen über die bezüglichen Abstiften der Regierung gemacht hat, bestätigen in der Haupttheile, daß zur Zeit schon aus finanziellen Rücksichten von weitgehenden Projekten nicht mehr die Rücksicht genommen wird. Herr Thielen ging aber darüber hinaus, indem er sich grundsätzlich gegen die Einführung von Bonnentarifen erklärte; die Erleichterungen des Fernverkehrs, welche dadurch herbeigeführt werden sollen, seien um so bedenklicher, als gerade der Fernverkehr der Verwaltung die größten finanziellen Aufwendungen auferlege. Gleichwohl hält der Minister Ermäßigungen der Tarife auch für den Fernverkehr nicht ausgeschlossen. Er hält es aber für angezeigt, zunächst Erleichterungen im Nahverkehr herbeizuführen, wie das versuchsweise schon für den Berliner Vorortverkehr geschehen sei. Falls der Versuch gelinge, seien Maßregeln auch für den Nahverkehr größerer Städte in Aussicht genommen. Daß in dieser Hinsicht auch in Elsaß-Lothringen vorgegangen werden könnte, bezweifelte der Minister, da in der Umgebung der beiden größeren Städte Straßburg und Metz, die gleichzeitig Festungen sind, ähnliche Verhältnisse nicht vorhanden seien. Den Gedanken, die Elsaß-Lothringischen Eisenbahnen gewissermaßen als Versuchsstück für Tarifreformen zu benutzen, lehnte Herr Thielen mit dem Bemerk ab, daß durch solche Verlücke die Eisenbahnen der Nachbarstaaten, namentlich Badens zu sehr in Mitleidenschaft gezogen würden. Die Ermäßigung der Kohlenzölle, die Ausdehnung der Rohstoffzölle auf Kohlen, die schon im Herbst v. J. hätte in Kraft treten sollen, steht auch jetzt noch nicht in Aussicht. Der Minister schien anzudenken, daß zunächst eine geringere Ermäßigung, als die damals beabsichtigte, in Frage kommen könne. Nach alledem sind die Aussichten für Tarifreformen zur Zeit sehr wenig günstig. Abg. Schröder zog aus den letzten Erfahrungen den Schluss, daß solange das Staatsbahnsystem besteht, Reformen im großen Stil niets an den finanziellen Bedenken scheitern würden; was den Abg. Hammacher veranlaßte, seinem Befremden darüber Ausdruck zu geben, daß der Abg. Schröder unterlassen habe, die Entwicklung der preußischen Bahnen in Anregung zu bringen. Abg. Schröder entgegnete, er gehöre zu denjenigen, die unter der Verstaatlichung gelitten hätten; er habe s. B. die Verstaatlichung nicht hindern können. Die Aufgabe, die durch die Verstaatlichung herbeigeführten Missstände zu

beseitigen, müsse denjenigen überlassen bleiben, die die Verantwortlichkeit für die Verstaatlichung zu tragen hätten.

Entwurf eines Volksschulgesetzes.

(Fortsetzung).

Dritter Abschnitt. Verwaltung der Volksschulangelegenheiten.

Schulbehörden.

§ 51. Die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde (Gutsbezirk, Schulverband) zu und erfolgt nach den Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze, in Schulverbänden vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes nach den für kommunale nachbarliche Verbände gegebenen Vorschriften.

§ 52. In denjenigen Provinzen, in welchen für die Verwaltung und Beaufsichtigung von kommunalen nachbarlichen Verbänden besondere Vorschriften nicht bestehen, finden in gleicher Weise bis auf Weiteres die Vorschriften des vierten und fünften Titels der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen vom 3. Juli 1891 (Gesetzsammel. S. 233) entsprechende Anwendung.

§ 53. Findet im Gutsbezirk eine Unterverteilung der Volksschulasten statt, so wird zur Verwaltung der Schulangelegenheiten ein besonderer Schulausschuß eingesetzt, welcher aus dem Gutsvorsteher oder dessen Stellvertreter und aus den von den Schulaufsichtsbeamten gewählten Mitgliedern besteht. Die Zusammensetzung des Schulausschusses, die Stimmmrechte seiner Mitglieder und die Art der Wahl derselben werden durch ein vom Kreisausschüsse zu bestätigendes beziehungsweise festzusetzendes Statut geregelt. In Betreff der Verpflichtung zur Übernahme des Amtes und in Betreff der Enthebung im Wege des Disziplinarverfahrens gelten für unbefolgte Gemeindebeamte bestehenden gesetzlichen Vorschriften.

§ 54. Die Aufsicht über die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule wird vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes unter Überleitung des Unterrichtsministers von den Regierungspräsidenten und den Landräthen nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze geübt.

§ 55. Für die Aufsicht über die Verwaltung des Schulstiftungsvermögens (§§ 41, 43, 44) finden, unbeschadet der für die Verwaltung der kirchlichen Organe bestehenden Aufsicht, die Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze sinngemäße Anwendung.

§ 56. Die Leitung und Beaufsichtigung der inneren Volksschulangelegenheiten wird unter Überleitung des Unterrichtsministers von dem Regierungspräsidenten geübt, sofern in diesem Gesetz nicht anderweitige Vorschriften getroffen sind.

§ 57. Für den Stadtkreis Berlin tritt das Provinzialschulkollegium an die Stelle des Regierungspräsidenten.

§ 58. Die Ordnung der Verhältnisse in den Grafschaften Wernigerode und Stolberg wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

§ 59. Der Regierungspräsident (Provinzialschulkollegium in Berlin) kann sich zur Durchführung seiner Anordnungen der einfachen und verstärkten Kreis- (Stadt-) Schulbehörden, der Landräthe und Schulaufsichtsbeamten bedienen, dieselben mit Anweisung verleihen, auch ihnen innerhalb ihres Geschäftskreises einzelne Angelegenheiten zur selbstständigen Erledigung übertragen. Gegen die Anordnungen derselben findet vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes die Beschwerde an den Regierungspräsidenten statt.

§ 60. In jedem Landkreis wird für die Schulen auf dem Lande eine Kreisschulbehörde gebildet. Gehören Schulverbände mehreren Kreisen, Regierungsbezirken oder Provinzen an, so wird die Zuständigkeit durch den Regierungspräsidenten bestehendes Oberpräsidenten oder Unterrichtsminister bestimmt.

§ 61. Die Kreisschulbehörde besteht aus dem Landrat und dem zuständigen Kreischauführer. In denjenigen Fällen, in welchen das Gesetz die Bezeichnungnahme der verstärkten Kreisschulbehörde überträgt (§§ 19, 21, 33, 147) treten diesen Beamten die gewählten Mitglieder des Kreisausschusses mit beschließender Stimme hinzu.

§ 62. Die Kreisschulbehörde ist zur Mitwirkung an der Beaufsichtigung der Volksschulangelegenheiten nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes berufen.

§ 63. Für die Beschlussfähigkeit der verstärkten Kreisschulbehörde genügt die Anwesenheit eines ständigen und zweier zutretender Mitglieder. Nehmen die beiden ständigen Mitglieder an der Beschlussfassung Theil, so müssen mindestens drei zutretende Mitglieder anwesend sein. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefasst. Bei Anwesenheit einer geraden Zahl von Mitgliedern nimmt das dem Lebensalter nach jüngste zutretende Mitglied an der Abstimmung seinen Anteil.

§ 64. Bei Anwesenheit des Landrats führt dieser den Vorsitz. Im Übrigen wird der Geschäftsgang bei den Kreisschulbehörden durch ein vom Unterrichtsminister zu erlassendes Regulativ geordnet. Dem Landrat liegt hauptsächlich die Erledigung der äußeren Angelegenheiten und die Beaufsichtigung der Bureauaufgaben ob, dem Schulaufsichtsbeamten die Überwachung des inneren Dienstbetriebes der Volksschulen.

§ 65. In jeder Stadt wird eine Stadtschulbehörde gebildet. Die Zuständigkeit der Stadtschulbehörde erstreckt sich auch auf die Schulen der etwa mit der Stadt zu einem Verbande vereinigten Landgemeinden (Gutsbezirke).

§ 66. Die Stadtschulbehörde besteht aus dem Bürgermeister und dem beihilfigten Schulaufsichtsvektor. In denjenigen Fällen, in welchen dieses Gesetz die Bezeichnung der verstärkten Stadtschulbehörde überträgt (§§ 6, 19, 21, 33), treten diesen Beamten zwei von der Stadtvorstandversammlung auf sechs Jahre gewählte Mitglieder dieser Versammlung und ein von dem Bürgermeister ernanntes weiteres Mitglied des Magistrats mit beschließender Stimme hinzu. In denjenigen Städten, in denen ein kollegialer Gemeinde-Borstand nicht besteht, wird das ernannte Mitglied aus der Zahl der Schöffen oder der Beigeordneten entnommen. Den Stadtgemeinden, die einen besonderen Stadtkreis bilden, bleibt überlassen, die Zahl der gewählten und ernannten Mitglieder in gleichem Verhältnis bis auf das Dreifache zu erhöhen. Sind Landgemeinden (Gutsbezirke) mit einer Stadt zu einem Verbande vereinigt, so treten die Vorsteher derselben der verstärkten Stadtschulbehörde hinzu.

§ 67. Auf die Stadtschulbehörde finden die Vorschriften der §§ 62 bis 64 entsprechende Anwendung.

§ 68. Für jede einzelne Schule wird ein besonderer Schulvorstand eingesetzt. Der Schulvorstand hat die Interessen der Schule wahrzunehmen und den Gemeinde- und Schulbehörden helfend und berathend zur Seite zu stehen.

(Fortsetzung folgt.)

Lokales.

Bösen, den 20. Januar.

* [Wasserstand der Warthe] Telegramm aus Schrimm vom 19. Januar: Gestern 1,46 Meter, heute 1,87 Meter. Eisstopfung.

d. Die gegenwärtige polenfreundliche Strömung erwacht bei manchen Polen recht weitgehende Hoffnungen. Diesen Hoffnungen giebt der "Gonec Wieli", welcher nicht gewohnt ist,

mit seinen Ansichten und Wünschen hinter dem Berge zu halten, in einem seltsamen Begrüßungsortikel für den Erzbischof in folgender Weise Ausdruck: „Wir wünschen unserem Erzbischof nicht, daß er mit der Regierung irgend welche Händel haben möge; im Gegenseitig wünschen wir ihm diejenigen Konzessionen, welche notwendig sind und jetzt, wo sich gezeigt hat, daß die Regierung des eisernen Kanzlers uns Polen nur zum Besten gereicht hat, erfolgen müssen. Wir erwarten zuverlässliche Konzessionen, denn vom Jahre 1887 bis zurück zum Jahre 1857 reichen unsere Riedlungen; es gebührt uns also auch eine lange Reihe von Erleichterungen. Und was soll man erst sagen vom Jahre 1815, das wir nicht vergessen werden! Es wird uns demnach gestattet sein, uns mit Vertrauen sicher Hoffnungen hinzugeben, denn die Sympathieen der polnischen Nation werden bald eine theure Ware sein. Vorstichtig, wachsam, immer für die nationale Würde bestrebt und eifersüchtig, wünschen wir dem Erzbischof allezeitige Triumphe, sicher, daß, wenn was Gott verbüte, sich die Notwendigkeit herausstellen sollte, er nicht schwanken werde — selbst vor den Thoren Ostrowos“. Damit sind natürlich die Thore des Gerichts-Gefängnisses in Ostrowo gemeint, in welchem der frühere Erzbischof Graf Ledochowski bekanntlich zwei Jahre Gefängnis wegen Vergehens gegen die Kirchengeze verbrüht hat.

Telegraphische Nachrichten.

Köln. 19. Jan. Der Leibarzt des Papstes Ceccarelli erklärte, wie die „Köln. Volkszeit.“ meldet, der Papst habe einen ganz leichten Influenza-Anfall. Nach einer etwas unruhigen Nacht sei heute Mittag gesunder Schlaf eingetreten. Bis jetzt sei keinerlei Gefahr vorhanden.

Wien. 19. Jan. [Abgeordnetenhaus.] Nachdem der Minoritäts-Antrag Klein betreffend den Handelsvertrag mit Italien mit 211 gegen 88 Stimmen abgelehnt war, wurde der Vertrag mit gleichem Stimmenverhältnisse angenommen.

Wien. 19. Jan. Das Abgeordnetenhaus nahm mit 254 gegen 42 Stimmen die Handelsverträge mit Deutschland, Belgien und der Schweiz, sowie die Viehseuchenkonvention und das Marken- und Musterschutz-Uebereinkommen mit Deutschland an.

Wien. 19. Jan. Die dem Abgeordnetenhouse zugegangene Regierungsvorlage über den Bau der Bahn Stanislau-Woronienka veranschlagt den Maximalbetrag der Kosten auf $9\frac{1}{10}$ Millionen Gulden und verfügt ein Uebereinkommen mit der ungarischen Regierung behufs Fortsetzung der Strecke Maramaros-Zigeth. Für den Bau sind 2 Jahre in Aussicht genommen.

Petersburg. 19. Jan. Der Gouverneur von Tambow hat den sämtlichen Dorfgemeinden und Verwaltungen des Gouvernements durch Circular mitgetheilt, daß, obwohl den Bauern keine Verpflegung seitens der Krone zustehe, jedem Rothleidenden gleichwohl monatlich 30 Pfund Brod leihweise gewährt werden sollen. Diese leichweise Verabreichung von Brod seitens der Landschaft soll jedoch nicht eher erfolgen, als bis ein Mitglied des Landschaftsamtes oder der Landkreisschef die Liste der Rothleidenden an Ort und Stelle verifiziert hat.

Aus Bladivostof wird gemeldet: Von den im Dezember v. J. aus der dortigen Regierungskasse geraubten 350 000 Rubel wurden 256 000 Rubel in dem Quartier eines zur Ansiedlung dorthin Verschickten, Namens Poljakow, aufgefunden. Das Geld befand sich in alten Petroleum-Blechgefäßen, welche man zusammengestapelt und in der Gestalt eines russischen Osens aufgestellt hatte.

Bern. 19. Jan. Der Bundesrath erklärt in einer Botschaft an die Bundesversammlung, die Handelsvertragsunterhandlungen mit Italien seien schwierig, aber er gebe die Hoffnung nicht auf, zum Ziel zu gelangen. Sollte am 12. Februar der Vertrag noch nicht abgeschlossen sein, so genügten die Beschlüsse des Bundesraths, um jeder Eventualität zu begegnen. Er werde von denselben je nach der Sachlage Gebrauch machen. Werde der Vertrag aber unterzeichnet, so sollten dessen Vortheile dem Handel sofort zu Gute kommen.

Bern. 19. Jan. Der Bundesrath hat in der Bundesversammlung den Antrag eingebracht, ihn zu ermächtigen, in dem Falle, daß ein Handelsvertrag mit Italien vor der nächsten Session zu Stande kommen sollte, denselben unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit provisorisch in Kraft zu setzen.

Rom. 19. Jan. (Deputirtenkammer.) Das Haus genehmigte eine von Indelli beantragte Tagesordnung dahingehend, die Kammer billige die den Handelsverträgen zu Grunde liegenden Gedanken. Das Haus trat sodann in die Spezialdiskussion der Handelsverträge ein. Crispi beantragte ein Amendement, nach welchem die Dauer der Verträge auf 6 Jahre zu beschränken sei.

Rom. 19. Jan. (Deputirtenkammer.) Der Ministerpräsident di Rubini legte das Handelsübereinkommen mit Bulgarien vor. Hierauf wurde die Berathung über die Handelsverträge fortgesetzt. Prinetti entwickelte eine Tagesordnung, in welcher die Genehmigung der Handelsverträge auf nur sechs Jahre verlangt wird. Crispi brachte einen Nachtragsartikel ein, dahingehend, die Regierung zu ermächtigen, mittels Spezialprotokolls eine schiedsgerichtliche Klausel zur Lösung aller Fragen zu vereinbaren, welche während der Ausführung der Handelsverträge auftauchen könnten.

Venedig. 19. Jan. In der heutigen Sitzung der technischen Kommission der Sanitätskonferenz wurden die Systeme der Desinfektion der Schiffe berathen und ein vollständiges Einvernehmen in dieser Frage erzielt.

Nauen. 19. Jan. Um 3 Uhr Morgens platzte in der letzten Nacht vor einem Privathause eine Bombe. Eine andere Bombe wurde gegenüber dem Divisionskommando-Gebäude gefunden. Schaden wurde nicht verursacht.

Paris. 19. Jan. Der Gemeinderath bewilligte mit 54 gegen 15 Stimmen im Prinzip die Aufnahme einer Anleihe von 120 Millionen Franks für Straßenbauten.

Paris. 19. Jan. (Deputirtenkammer.) Lessenne und Laur (Boulanger) verlangen die Regierung wegen der vom „Intransigeant“ gegen ein Mitglied des Kabinetts vorgebrachten Beschuldigungen zu interpellieren. (Lebhafte Bewegung.) Freycinet spricht sich gegen eine solche Diskussion aus, mit welcher man nur die Regierung diskreditiren wolle. Mehrere Deputirte beantragen die Vorfrage. Laur protestirt gegen dieselbe, indem er hervorhebt, wenn dieselbe angenommen würde, so werde man wissen, daß die Kammer einen Minister schütze, der schon seit langem von der öffentlichen Meinung gebrandmarkt sei. Der Minister des Innern Constans hierüber erbittert, stürzt nach diesen Worten in größter Erregung zur Tribüne; an der unteren Stufe trifft er mit Laur zusammen und schlägt diesem ins Gesicht. Die Linke applaudiert lebhaft. (Allseitige Bewegung.) Laur wird alsbald von seinen Freunden umgeben und auf seinen Platz zurückgeführt. Minister Constans wird lebhaft apostrophirt.

Da es dem Präsidenten Floquet nicht gelang, den Tu-mult zu beschwichten, hob er die Sitzung auf. Laur wurde beim Verlassen des Saales ausgezickt. Obwohl das Bureau der Kammer sich entfernt hatte, blieben die Deputirten in dem Saale. In dem andauernden Tu-mult schlug der Republikaner Delpech dem Boulanger Casteln in's Gesicht.

Marseille. 19. Jan. Der von der Westküste Afrikas eingegangene Postdampfer berichtet, die Dahomeer hätten, etwa 2000 Mann stark, am 30. v. Mts. Kotonu angegriffen, seien aber nach dreistündigem Kampfe geflohen. Auf Seiten der Franzosen seien 3 Mann getötet und 10 Mann der Hilfs-truppen verwundet worden; die Dahomeer hätten ca. 250 Tote auf dem Schlachtfelde zurückgelassen. Eine anderweite Be-stätigung dieser Nachrichten liegt nicht vor.

Brüssel. 19. Jan. (Deputirtenkammer.) Die Regierung brachte heute eine Vorlage betreffend die Einleitung von Handels-vertragsverhandlungen ein. Der Gesetzentwurf ermächtigt die Regierung, mit denjenigen Staaten, deren Handelsverträge mit Belgien ablaufen, in Unterhandlungen einzutreten. Als Vorbereitung für die Anknüpfung von Verhandlungen wird die Forderung hingestellt, daß die gedachten Staaten Belgien die niedrigsten Tarife bewilligen. In der Vorlage wird ferner erklärt, der französische Minimaltarif bilde keine annehmbare Grundlage für solche Verhandlungen.

Berlin. 20. Jan. In dem Mordprozeß Prager ist der Angeklagte Schweizer wegen versuchten Todtschlags zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Chrverlust, Frau Prager wegen Anstiftung zum Mord zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Chrverlust verurtheilt.

Tiflis. 19. Jan. Bei der gestrigen Katastrophe auf der Kurbrücke sind 73 Menschen ertrunken, vierzig gerettet. Die Anzahl der Verletzten ist noch nicht ermittelt. Die Verun-glückten sind lauter Armenier, von der Geistlichkeit ist nie-mand verlebt.

Angelommene Fremde.

Wien. 20. Januar.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Ministerial-Direktor Kübler, die Geheimen Ober-Regierungsräthe Haase, v. Wilimowski u. Rheinbaben u. Geheimer Finanzrat v. Rheinbaben a. Berlin, Landschaftsrath Wehle a. Blugowo, die Rittergutsbesitzer Landes-Dekonomierath Kennemann a. Klenka, Hauptmann Blank a. Murzynow, Lieutenant Szlagowski a. Runow, Se. Durchlaucht Fürst v. Czartoryski a. Wielkow, Graf v. Czarniecki a. Rakow, Graf v. Potworowski a. Parzenzewo, Graf v. Storzenewski a. Komorze, Frau Gräfin v. Boninska mit Tochter u. Bedienung a. Domingowo, Frau Gräfin v. Bolstowska mit Bedienung a. Nieschanowo, Frau v. Halbreuth mit Tochter a. Muchocin, Frau v. Turno mit Tochter a. Słopanowo, Frau v. Lutomska mit Tochter a. Grzybowo, von Zablocki mit Familie a. Dombrowska v. Bolstowska a. Godorowo, v. Unrug a. Lubiatowa, v. Kurnatowski a. Biedzrowo, v. Morawski a. Turkowko u. v. Krzysztoforski a. Dobczyn, die Kaufleute Schäfer a. Köln, Marz a. Bölingen i. Württemberg, Bernstorff u. Berg a. Berlin.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Schlesinger a. Glogau, Wiener a. Beuthen O.-S., Midas a. Furt, Schaller a. Chemnitz, Kaltenbrunn a. Breslau, Fräulein Levy, Wiencke, Quack, Pannier, Junge u. Steller a. Berlin, Käthler a. Glauchau, Engelman a. Grabow, Gossel a. Hamburg, Fieber a. Wien, Advokat Dr. Polak a. Wien, Gymnasialdirektor Dr. Döllinger u. Frau a. Rosgau, die Rittergutsbesitzer v. Twardowski u. Frau a. Kobylinski, Luther u. Tochter a. Marienrode, Dekonomierath Müller a. Gurzno, Stefan Bajski a. Turst, die Bröpste Hildebrandt a. Fraustadt, Loga a. Lissa, Graf v. Grabowski a. Galtzien.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Graf Lewi-cki u. Frau a. Kowalewski, Graf Biński u. Familie a. Czachowice, Graf Biński a. Gutow, Graf Złotowski a. Czacz, Dr. v. Szul-żdrzynski u. Sohn a. Lubasz, v. Koscielski a. Szarej, Gräfin Kanczowska a. Winnagora, v. Skorozewski u. v. Chłapowski a. Lutynia, v. Chłapowski a. Szoldry, v. Rudnicki a. Salwin, v. Niegolewski a. Niegolewski, v. Waliszewski a. Gembic, Graf Potocki a. Galitzien, Gräfin Mycielska u. Familie a. Smogorzewo, v. Moszczeski und Frau a. Brzyska, v. Stablewski a. Moszczesko, v. Chłapowski a. Starogrod, Graf Szolbroski a. Golembin, Frau v. Czapska und Familie a. Barbo, Frau v. Megolewski u. Familie a. Ostrowo, v. Boninska u. Frau a. Koscielska, v. Taczanowski a. Szyplowo, Graf Mycielski a. Koscielska, die Bröpste v. Boninska a. Koscielska, Hebanowski a. Neustadt b. W., Wawrzyniak a. Schrimm, Fritze a. Sipniewo, Chrystowski u. Gelsdörfer Stawowy a. Görden, Marchwinski a. Solec, Labenski a. Wreschen, Enn a. Betsche, Benteler a. Scharfenort, Kanonikus Tomaszewski a. Tremesien, Frau Przy-luska u. Familie a. Starowice, Eigentümer Weclanowicz u. Frau a. Letau, Rechtsanwalt Thiel u. Familie a. Wreschen.

Hotel Bellevue (H. Goldbach). Die Kaufleute Schattenberg a. Charlottenburg, Schaefer, Angers u. Wilse a. Berlin, Braun a. Dresden, Otto a. Potschau i. Schl., Senger a. Hamburg u. Müller a. Stettin, Fiskalischer Gutsverwalter Heyn a. Konary, Dekonomie-Bolontär a. Brzeski a. Giesle, Gutsbesitzer Witt a. Waldau bei Berlin, die Rittergutsbesitzer v. Turno mit Dienerschaft a. Obiez-ziere, v. Szczaniecki mit Dienerschaft a. Michorzevo v. Jazynski a. Piastki, v. Karczewski a. Czarnotki, v. Kozłowski a. Blawinek u. v. Turno a. Słopanow.

Theodor Jauns Hotel garni. Die Kaufleute Bernhard und Solomon aus Berlin und Landsberg aus Breslau, Frau Storch aus Schneidemühl u. Frau Wegnerowska a. Bromberg, Straß-

anfalts-Geistlicher Meißner a. Rawitsch, Dr. Szrant a. Vinne, die Gutsbesitzer v. Gockowski a. Plonkovo und Gustowski a. Polen, die Pfarrer Jastrzębski a. Lisztovo und Chmielinski aus Sarne.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Die Bröpste Urban a. Siekierki, Regel a. Krotoschin, Kymarowicz a. Motronos, Wysocki a. Golinia u. Gręglewicz a. Grabie, die Kaufleute Pietzsch a. Stettin, Siedles a. Glogau, Karliner u. Hanke a. Breslau, Hartig a. Gablonz, Oberförster Matelski a. Zaorle, Bevollmächt. Witkowski a. Sielce, Hostierant Fröhlich a. Sagan. Keilers Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Baldstein, Chagrin, Lemk u. Spiro a. Breslau, Auerbach a. Przedecz, Landec a. Wongrowitz, Nah a. Schmiede, Wincus a. Grünberg, Breschner u. Breschner u. Frau a. Dobornik, Frau Ptashynska u. Frau Wysocka a. Mietkischo.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1892.

D a t u m	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm;	W i n d	W e t t e r	T e m p. Grad.
S t u n d e	66 m Seehöhe.			
19. Nachm. 2	768,5	O leicht	heiter	- 9,1
19. Abends 9	767,1	No schwach	heiter	- 9,6
20. Morgs. 7	766,1	O mäßig	bedeckt	- 10,6
Am 19. Jan.	Wärme-Maximum	8,7° Cels.		
Am 19.	Wärme-Minimum	16,5°		

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. Jan.	Morgens 1,62
" 19.	Mittags 1,62
" 20.	Morgens 1,62

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Kurse.

Breslau, 19. Jan. Bebauppt.

Neue 3proz. Reichsanleihe 84,55, 3½ proz. B.-Pfandbr. 96,70, Konso. Türk. 18,40, Türk. Looe 69,50, 4proz. ung. Goldrente 92,50, Bresl. Diskontobank 91,50, Breslauer Wechslerbank 92,00, Kreditattien —, Schles. Bankverein 110,30, Donnersmarckhütte 81,00, Glöthker Maschinenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 125,10, Oberölsch. Eisenbahn 58,65, Überölsch. Portland-Cement 95,50, Schles. Cement 133,00, Oppeln. Cement 97,75, Schles. Dampf. C. 133,00, Kramfia 118,00, Schles. Binfaktien 198,50, Laurahütte 110,75, Verein. Oelfab. 88,90, Österreich. Banknoten 172,40, Russ. Banknoten 200,00.

Kraufkraft a. M., 19. Jan. (Schlußkurse). Fest.

Bond. Wechsel 20,35, 4proz. Reichsanleihe 106,70, österr. Silber-rente 80,50, 4½ proz. Papierrente 81,00, do. 4proz. Goldrente 95,90, 1860er Looe 124,00, 4proz. ungar. Goldrente 92,60, Italiener 90,70, 1880er Russen 93,30, 3. Orientanl. 63,40, uniss. Egypt 96,05%, Ton. Türk. 18,35, 4proz. türk. Anl. 83,00, 3proz. port. Anl. 30,70, 5proz. serb. Rente 85,90, 5proz. amort. Rumänier 98,20, 6proz. Konso. Wertp. 82,00, Böh. Wertp. 297, Böh. Nordbahn 162,20, Franzosen 233, Galtz 181, Gotthardbahn 138,40, Lombarden 82%, Lübeck-Büchen 145,00, Nordwestbahn 183%, Kreditattien 253, Darmstädter 122,30, Mitteld. Kredit 99,50, Reichsb. 142,90, Disf. Kommandit 177,00, Dresden. Bank 136,50, Pariser Wechsel 80,883, Wiener Wechsel 172,05, serbische Tabaksrente 85,00, Bochum. Guß-kauf 115,00, Dortmund. Union 59,30, Harpener Bergwerk 149,20, Höher 127,10, 4proz. Spanier 63,40, Mainzer 112,80.

Privatpostamt 2 Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditattien 253%, Disf. Kommandit 176,60, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —, Gotthardbahn —, per compatis.

Hamburg, 19. Jan. Still.

Gold in Barren pr. Kilo 2786 Br. 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 125,25 Br. 124,75 Gd.

Wien, 19. Jan. (Schlußkurse.) Bevorstehende Ankunft Be-keres stimulirte, Bankpapiere, Renten und Nordbahnen wesent-lich höher, Lombarden schwach, schließlich auf Berlin vorübergehend matter.

Hamburg, 19. Jan. Budermarkt (Schlussbericht) Rübner. Rohzucker I. Produkt. Bafls 88 p.Ct. Rendement neue Wiance, frei an Bord Hamburg v. Januar 14,72%, v. März 14,97%, v. Mai 15,20, v. August 15,50. Matt.

Hamburg, 19. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos v. Jan. 68%, v. März 64%, v. Mai 62%, v. Juli 61%. Ruhig.

West, 19. Jan. Produktionsmarkt. Weizen loko angenehmer, ver Frühjahr 10,56 Gd., 10,58 Br., v. Herbst 9,51 Gd., 9,53 Br. Hafer v. Frühjahr 6,25 Gd., 6,27 Br. — Neu-Mais v. Mai-Juni 5,67 Gd., 5,69 Br. — Kohlraps v. Aug.-Sept. 13,20 Gd., 13,30 Br. — Wetter: Kalt.

Paris, 19. Jan. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen träge, v. Jan. 25,40, v. Februar 25,70, v. März-April 26,10, v. März-Juni 26,50. Roggen ruhig, v. Jan. 20,00, v. März-Juni 21,20. — Mehl träge, v. Januar 55,20, v. Februar 55,80, v. März-April 56,50, v. März-Juni 57,20. Rübböll träge, v. Jan. 58,25, v. Februar 58,75, v. März-April 59,25, v. März-Juni 59,75. — Spiritus matt, v. Jan. 46,00, v. Februar 45,50, v. März-April 45,50, v. Mai-August 45,50. — Wetter: Kalt.

Paris, 19. Jan. (Schlussbericht.) Rohzucker ruhig, 88 p.Ct. loko 38,75 à 39. Weicher Zucker matt, Nr. 3, v. 100 Kilo v. Jan. 40,87%, v. Februar 41,25, v. März-Juni 42,00, v. Mai-August 42,37%.

Havre, 19. Jan. (Teleg. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Befisse.

Rio 20 000 Sac. Santos 18 000 Sac. Rettes 2 Tage.

Havre, 19. Jan. (Teleg. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, v. März 81,25, v. Mai 78,25, v. Sept. 76,25. Ruhig.

Antwerpen, 19. Jan. Wolle. (Teleg. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Plata-Bug, Type B, v. Februar 4,32%, v. März —, v. April 4,37%, v. Juni 4,42%, v. Juli —, v. Aug. 4,50 Verkäufer.

Antwerpen, 19. Jan. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen nachgebend. Hafer niedriger. Getreide ruhig.

Antwerpen, 19. Jan. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Mats-findest Type weiß loko 16,4% bez. und Br., v. Jan. 16,1% Br., v. Februar 16 Br., v. Sept.-Dez. 16 Br. Stetig.

Amsterdam, 19. Jan. Vaneza 55.

Amsterdam, 19. Jan. Java-Kaffee good ordinary 52%.

Amsterdam, 19. Jan. Getreidemarkt. Weizen v. März 249,

v. Mai 253. Roggen v. März 226, v. Mai 230.

Gull, 19. Jan. Getreidemarkt. Englischer Weizen 1/2 — 1 sb. fremder 1 sb. niedriger. — Wetter: Rauh, kalt.

London, 19. Jan. 96 p.Ct. Savazader loko 16,4% fest. Rübner-Rohzucker loko 14,4% ruhig. Centrifugal Cuba —. Wetter: Milde, wärmer.

London, 19. Jan. Chilli-Kupfer 45%, v. 3 Monat 46%.

Liverpool, 19. Jan. Getreidemarkt. Weizen 1—1/2 d. Mais 2%, d. niedriger. Weiß ruhig. — Wetter: Trübe.

Glasgow, 19. Jan. Röhrenen. (Schluss.) Mixed numbers warrants 47 sb.

Liverpool, 19. Jan. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muth-mäßlicher Umsatz 10 000 Ball. Stetig. Tagesimport 37 000 Ball.

Liverpool, 19. Jan., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen. Stetig.

Middle amerikan. Lieferungen: Jan.-Febr. 4,1% Käuferpreis, März-April 4,4% do., April-Mai 4,1% do., Mai-Juni 4,1% Verkäuferpreis, Juli-Aug. 4,8% do.

Liverpool, 19. Jan., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10000 B., davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen. Stetig.

Middle amerikan. Lieferungen: Jan.-Febr. 4,1%, Febr.-März 4,8%, März-April 3,8%, April-Mai 4,4%, Mai-Juni 4,4%, Juni-Juli 4,8%, Juli-August 4,8%, August-Sept. 4,1% do. Alles Käuferpreis

Petersburg, 19. Jan. Produktionsmarkt. Talg loko 54,00, v. Februar 54,50.

Aug. —, Weizen loko 14,50. Roggen loko 12,25. Hafer loko 5,50. Rübner loko 45,00. Leinwand loko 15,50. Wetter: Frost.

Newyork, 18. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 7%, do. in New-Orleans 7. Hafer. Petroleum Standard white in New-York 6,45 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Röhren-Petroleum in Newyork 5,80, do. White Certificate per Februar 62%, Bieml. fest. Schmalz loko 6,67, do. Rübner u. Brothers 6,92. Spec. short clear Chicago 5,95, Vori Chicago 5,95. Buder (Fahr refuting Muscovado) 3. Meiss (New) v. Febr. 50%, v. März 50%, v. Mai 49%. Mother Winterweizen loko 103. Kaffee Rio Nr. 7, 13,2%. Mehl 4 D. 15 C. Getreidebruch 4%, — Kupfer — nom. — Mother Beans v. Jan. 101%, v. Februar 102, v. März 103, v. Mai 102%, Kaffee Nr. 7, low ordinär v. Februar 12,32, v. April 11,90.

Newyork, 18. Jan. Visible Supply an Weizen 44 090 000 Bushels, do. an Mais 7 733 000 Bushels.

Newyork, 19. Jan. Weizen-Berichtigungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 112 000, do. nach Frankreich 76 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 154 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 41 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Newyork, 19. Jan. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipeline certificates per Februar 62%. Weizen per Mai 101%.

Berlin, 20. Jan. Wetter: Starke Frost.

Newyork, 19. Jan. Winterweizen Mother v. Jan. 102%, C. v. Februar 102%, C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 19. Januar. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit theilweise etwas höheren Notierungen auf spekulativem Gebiet.

Auch die von den fremden Börsenplänen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten ziemlich günstig, ohne aber besondere geschäftliche Anregung zu vermittel.

Hier entwickelte sich denn auch das Geschäft im Allgemeinen ruhig; nur einige Ultimowerte hatten zeitweise etwas belangreichere Abschlüsse für sich. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs machten sich in Folge von Realisationen kleine Schwankungen der Haltung bemerklich, die zum Theil auch Kursabschwächungen herbeiführten.

Der Kapitalsmarkt erwies sich ziemlich fest für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen; Reichs- und preußische Staats-Anleihen wenig verändert. Fremde, festen Zins tragende Papiere blieben fest und ruhig; Russische Anleihen, Ungarische Goldrente und Italiener fester und lebhafter, Russische Noten schwach.

Der Privatdiskont wurde mit 1% Proz. notiert.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien zu etwas besserer Notiz unter Schwankungen ziemlich lebhaft um; Franzosen behauptet, Lombarden und Dux-Bodenbach schwächer, Elbenthalbahn und Galizier fester, Schweizerische Bahnen wenig verändert und still.

Zuländische Eisenbahnpflichten ziemlich fest, aber sehr ruhig.

Banffaktionen fester und theilweise lebhafter, namentlich die spekulativen Diskonto-Kommandit-Antheile, Aktien der Deutschen und Dresdener Bank.

Industriepapiere behauptet, vereinzelt etwas lebhafter, Montanwerthe ruhig und ziemlich fest.

Produkten - Börse.

Berlin, 19. Jan. Der Weizenpreis ist gestern in Newyork ferner um 5% C. geitlegen, auch die westeuropäischen Märkte zeigten eine bessere Stimmung. Hier war die Haltung in Weizen und Roggen in Folge dessen sehr fest. Das Geschäft hielt sich aber in engen Grenzen. In Weizen bestand eine rege Nachfrage nach effektiver Ware; die Preise zogen auch für Termine etwas an. Roggen stellte sich ebenfalls höher; von Nordamerika lagen stärkere Angebote vor, Western-Februar-März-Abladung zu 184 bis 185 M. auf Hamburg, geringer amerikanischer Nr. 3 170 M.

auf Hamburg, französischer prompte Abladung 179—180 M. auf Hamburg. In Hafer war das Angebot effektiver Ware über Bedarf; auch Termine mußten in Folge dessen wesentlich nachgeben. Rüböl geschäftlos. Spiritus loko gesucht und mäßig zugeführt, stellte sich 20 Pf. niedriger, bei der Unsicherheit, welche das lange Ausbleiben der Dezember-Statistik verursacht, war der Terminhandel sehr still bei wenig verändertem Preis.

Weizen (mit Auschluß von Rauhweizen) v. 1000 K. Loko guter inländischer fest. Termine gut behauptet. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Loko 205—230 Mt. nach Qualität Lieferungsqualität 211 Mt. v. diesen Monat 209,75—209 bez. v. April-Mai 209,5—208,75 bez. v. Mai-Juni 210,50—209,50 bez. v. Juli-Aug. 211—210,50 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko etwas fester. Termine schließen flau. Gefündigt 300 To. Kündigungspreis 229 Mt. Loko 215—230 Mt. nach Qualität Lieferungsqualität 227 Mt. inländischer clammer 218, mittel 221—224, guter 225—228 ab Bahn bez. per diesen Monat —, per April-Mai 218,75—219—217,5 bez. v. Mai-Juni 215,75—214,5 bez. v. Juli-Aug. 212,75—211,5 bez.

Gerste v. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 158—204 M. nach Dual. Futtergerste 160—170 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko matter. Termine flau. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Loko 158—179 Mt. nach Qualität Lieferungsqualität 163 Mt. Pommericher, preußischer und schles.

mittel bis guter 160—173, hochfeiner 176—177 ab Bahn und frei Wagen bez. per diesen Monat —, per April-Mai und v. Mai-Juni 161,75—159,5 bez. v. Juli-Aug. 162—160 bez.

Mais per 1000 Kilo. Loko matt. Termine geschäftlos.

Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Loko 157—170 Mt. nach Dual, per diesen Monat —, per Jan.-Febr. —, per Febr.-März —, per April-Mai —, per Juli-Aug. —.

Erbse v. 1000 Kilo. Körnerei 195—240 M. Futterware 174—182 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad.

Termine still. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — M. per diesen Monat und per Jan.-Febr. 30,50 bez. v. April-Mai 29,65 bis 29,55 bez. v. Mai-Juni —, v. Juli-Aug. 29,20—29,05 bez.

Rüböl v. 100 Kilo mit Fas. Termine behauptet. Gefündigt — Et. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. — M. Loko ohne Fas. — v. Febr.-März —, v. April-Mai 57,4 bez. v. Mai-Juni —, v. Sept.-Okt. 55,9 Mt.

Trockene Kartoffelfäste v. 100 Kilo brutto inkl. Sad. Loko 35,50 M. — Feuchte dgl. v. Loko 20,25 M.

Kartoffelmehl v. 100 Kilo brutto inkl. Sad. Loko 35,50 M. Petroleum. (Raffinates Standard white) v. 100 Kilo mit Fas. in Boten von 100 Br. Termine —. Gefündigt — Loko.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe v. 100 Lit. à 100 Proz. — 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Et. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 68,2 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Lit. à 100 Proz. — 19 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Et. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 48,8 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe v. 100 Liter à 108 Proz. — 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Et. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. —, v. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. still. Gefündigt — Et. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. —, v. diesen Monat und v. Jan.-Febr. 48,5—48,4 bez. v. Febr.-März —, v. März-April —, per April-Mai 49,5—49,2 bez. per Mai-Juni 49,7 bis 49,4 bez. per Juli-Aug. 50,1—49,8 bez. v. Juli-Aug. und v. August-Sept. 50,5—50,2 bez.

Wetzenmehl Nr. 0 30,00—27,75, Nr. 0 27,50—26,00 bez.

Fette Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 30,50—29,75 bez., bo. kleine Marken

Nr. 0 u. 1 32,50—30,50 bez., Nr. 0 1%, M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. inkl. Sad.

Feste Umrechnung: — Livre Ste. I. = 20 M. I. Doll. = 4½ M. I. Rub. = 3 M. 2) Pf. I. fl. s. dd. Wösterr. = 12 M. I. fl. W. — 2 M. I. fl. holl. W. I. M. 7) Rf. I. Franc oder I. Lira oder I. Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 19.

Brnsch. 20. T.L.	— 104,90 bz	Schw. Hyp.-Pf.	4 1/2 102,70 R. Y.	Warsch.-Teres.	5 97,50 bz	Salomon.-Pfri.	5 151,10 G.	Bauges. Murne.	— 128,00 G.
Cöln-M. Pr.-A.	3½ 32,25 G.	orb. Gld.-Pf. G.	5 91,00 bz	do. Wien.	10½ 215,00 bz	do. Gold.-Prior.	5 110,90 G.	Moabit.	— 124,00 G.
Dess. Präm.-A.	3½ 137,60 bz	do. Rente.</td							